

# Städte fürchten Handlungsunfähigkeit

Ab 2024 dürfen die Kämmerer nicht mehr die Folgekosten für Pandemie und Ukraine-Krieg aus ihren Haushalten herausrechnen. Es regt sich Widerstand gegen die Landesregierung – auch aus den Reihen einer ihrer Parteien.

VON MAXIMILIAN PLÜCK

---

**DÜSSELDORF** |Die grünen Stadtoberhäupter von Bonn, Wuppertal und Aachen haben ihre Parteifreunde im Landtag aufgefordert, über das Jahresende hinaus die Folgekosten für die Corona-Pandemie und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine aus den städtischen Haushalten herausrechnen zu dürfen. Mit diesem Trick hatte die Landesregierung verhindert, dass die Städte reihenweise in die Haushaltssicherung gerutscht wären. Denn dann wären sie massiv in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit eingeschränkt worden.

Eine Gemeinde in Haushaltssicherung ist zum Sparen verpflichtet, um in einem bestimmten Zeitraum zurück zu einem ausgeglichenen Haushalt zu gelangen. Das wird streng kontrolliert. De facto können damit nur noch die allernotwendigsten Dinge finanziert werden.

In einem Schreiben, das unserer Redaktion vorliegt, kritisieren Katja Dörner (Bonn), Sibylle Keupen (Aachen) und Uwe Schneidewind (Wuppertal), dass das Land Erwartungen erzeugt habe, weil die Städte dazu angehalten waren, die Isolierung der Schulden auch für die mittelfristige Finanzplanung bis 2026 vorzunehmen. „Vor diesem Hintergrund mussten sich die Städte, aber auch die Kommunalaufsichten zwangsläufig darauf verlassen, dass eine Isolierung auch tatsächlich bis 2026 ermöglicht wird“, schreiben sie. Von einer Überwindung der Krise könne keine Rede sein.

„Für die kommunalen Haushalte hätte ein Ende der Isolierungsmöglichkeit in den nächsten Jahren schwerwiegende Folgen. Denn sowohl die Aufwendungen für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der ukrainischen Geflüchteten, aber auch die stark gestiegenen Zinslasten, die eine unmittelbare Folge

des Angriffskrieges auf die Ukraine sind, werden die kommenden Haushaltsjahre erheblich belasten.“ Die Zeche für den Krieg gegen die Ukraine müsse durch Wegfall von Sozialleistungen, Kultur- und Sportangeboten, Einsparungen beim Klimaschutz und durch Steuererhöhungen bezahlt werden, lautet die Befürchtung.

In dem Schreiben heißt es weiter: „Wir machen uns Sorgen, welche Auswirkungen dies auf unsere örtliche Bevölkerung mit Blick auf die aus unserer Sicht sehr wichtige Solidarität mit und Unterstützung der Ukraine hat.“ Zudem sei es „nicht verantwortbar, angesichts der aktuellen politischen Situation die Kommunen in massive Sparzwänge zu bringen, ihre Handlungsfähigkeit derart einzuschränken und damit das wichtige Vertrauen in funktionsfähige Kommunen als Fundament eines demokratischen Staatsaufbaus noch weiter auszuhöhlen“.

Ein Sprecher des Städte- und Gemeindebunds NRW sagte: „Jetzt schlägt sich die Wucht der Krisen zeitverzögert in den Haushalten nieder, die durch gestiegene Baukosten, Inflation oder die Unterbringung von Flüchtlingen ohnehin schon unter Stress stehen.“ Die Finanznot der Kommunen werde in aller Deutlichkeit sichtbar: „Manche werden kurz- und mittelfristig in die Haushaltssicherung rutschen.“

Das NRW-Kommunalministerium von Ina Scharrenbach (CDU) erklärte, dass es sich um eine Entscheidung des Landtags handele. Die Fraktionen von Union und Grünen hätten sich verständigt, die Vorschriften nicht über den derzeit gesetzlich geregelten Zeitraum hinaus zu verlängern. Es lasse sich keine Aussage dazu treffen, wie viele Kommunen in die Haushaltssicherung rutschen würden, da dies von der Entwicklung der örtlichen Haushaltsplanung für das Jahr 2024 abhängen, so der Sprecher.

Oppositionschef Jochen Ott (SPD) übte Kritik: „Es brennt an allen Ecken und Enden, und von allen Seiten mehren sich die Hilferufe. Führung wäre jetzt gefragt.“ Aber Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sei nur mit sich und seiner Selbstdarstellung beschäftigt. Dabei leiste sich seine Landesregierung einen Fehler nach dem nächsten. „Zuerst das Chaos um den Haushalt, dann die Abi-Panne und jetzt nur noch Kopfschütteln und Verärgerung über die kommunale Finanzpolitik von Schwarz-Grün. Wir haben es mit einer Landesregierung zu

tun, die ihr Handwerk nicht beherrscht.“ Darunter litten die Kommunen, aber vor allem die Menschen in den Städten und Gemeinden.

---

## Leitartikel

### INFO

## Die Folgen für Aachen, Bonn und Wuppertal

**Aachen** Die Stadt plant für 2024 und gegebenenfalls in den Folgejahren mit 18 bis 20 Millionen Euro, die nicht mehr aus dem Etat herausgerechnet werden können.

**Bonn** Im Haushalt werden in den nächsten Jahren kriegsbedingt rund 100 Millionen Euro fehlen.

**Wuppertal** Für 2024 bis 2026 sind zwischen 37 Millionen und 42 Millionen jährlich vorgesehen.